

REGISTER 1.2
AUSNAHME VOM ANBAUVERBOT

**ERSATZNEUBAU DER 380-KV-HÖCHSTSPANNUNGSFREILEITUNG
AACH – BUNDESGRENZE (LU), BL. 4247
VORHABEN NR. 71 GEMÄß BBPLG**

**UND ERSATZNEUBAU VON ZWEI 110-KV-STROMKREISEN DER
WESTNETZ GMBH ZWISCHEN PKT. AACH – PKT. SIRZENICH**

**ANTRAG AUF EINHEITLICHE ENTSCHEIDUNG NACH § 26 NABEG
FÜR DIE VORGENANNTEN VORHABEN IM ABSCHNITT PKT. AACH
– PKT. SIRZENICH**

HIER:
Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren

31.10.2024



1 AUSNAHME VOM ANBAUVERBOT

1.1 SACHVERHALT UND AUFGABENSTELLUNG

Im Rahmen von Vorhaben Nr. 71 soll ein geplanter Maststandort (Mast Nr. 19, Bl. 4247) mit einem Abstand von ca. 11,99 m zwischen dem nächstgelegenen Masteckstiel und dem befestigten Fahrbahnrand der Kreisstraße K 4 errichtet werden. Damit befindet sich Mast Nr. 19 innerhalb der Anbauverbotszone der K 4. Mit dieser Unterlage wird daher ein Antrag auf Ausnahme gemäß § 22 Abs. 5 LStrG [1] zur Errichtung des Masten Nr. 19 in der Anbauverbotszone der Kreisstraße K 4 gestellt.

1.2 RECHTLICHE WÜRDIGUNG

In der Nähe von Kreisstraßen gelten besondere Beschränkungen für die Errichtung von Hochbauten bzw. baulichen Anlagen.

Gemäß § 22 Abs. 1 LStrG [1] dürfen Hochbauten in einer Entfernung von bis zu 15 Metern zu Kreisstraßen nicht errichtet werden (sog. Anbauverbotszone). Die Errichtung, erhebliche Änderung oder andere Nutzung baulicher Anlagen in einer Entfernung bis zu 30 Metern bei Kreisstraßen bedürfen der Zustimmung der Straßenbaubehörde, § 23 Abs. 1 LStrG [1] (sog. Anbaubeschränkungszone).

Von dem Bauverbot nach § 22 Abs. 1 LStrG [1] kann die zuständige Planfeststellungsbehörde mit Zustimmung der zuständigen Straßenbaubehörde Ausnahmen zulassen, wenn die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichungen erfordern, § 22 Abs. 5 LStrG [1].

Diese Voraussetzungen liegen nach Ansicht der Vorhabenträgerinnen hier vor.

Eine Verlegung des Maststandorts Nr. 19 aus der Anbauverbotszone hinaus würde aufgrund der dann zu großen Spannfeldlänge zum nordöstlich gelegenen Mast Nr. 18 entweder dazu führen, dass ein zusätzlicher Mast errichtet werden müsste, wodurch neue und stärkere Betroffenheiten in Hinblick auf die Eigentums- bzw. Grundstücksinanspruchnahme Dritter, sowie neue Eingriffe in Natur und Landschaft ausgelöst würden.

Alternativ müsste auch Mast Nr. 18 nach Südwesten in den unmittelbaren Sichtbereich vor die Ortslage Fusenich verschoben werden. Dadurch würden zusätzlich die vorgelagerten beiden Spannfelder (Mast Nr. 16 – Mast Nr. 18) größer ausfallen. Aufgrund der Mastverschiebungen und der vergrößerten Spannfelder, würde sich zudem im Spannfeld zwischen Mast Nr. 18 und Mast Nr. 19 die Waldüberspannung weiter in Feldmitte des Spannfelds (über den Wald) verlagern, sodass die Maste signifikant erhöht oder der Wald in seiner Wuchshöhe stark eingeschränkt werden müsste. Aufgrund der großräumigen Verschiebung des geplanten Maststandorts Nr. 19 müssten zusätzlich alle weiteren Maste in Richtung Luxemburg (südwestlich) verschoben werden und die Spannfelder generell größer gestaltet werden. Aufgrund dieser Verschiebungen müsste ein neuer Maststandort unmittelbar im Sichtbereich vor der Ortslage Grewenich geplant werden und durch die vergrößerten Spannfelder würden sich die Maste signifikant erhöhen.

Die Beachtung des Anbauverbots stellt vor diesem Hintergrund eine offenbar nicht beabsichtigte Härte dar.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wirkt sich das Anbauverbot immer dann als Härte aus, wenn es nachhaltig in die Rechte des Betroffenen eingreift und ihm dadurch ein erhebliches, über die jedermann treffenden allgemeinen Auswirkungen hinausgehendes Opfer auferlegt (BVerwG, Urteil vom 5. Mai 1976 - IV C 83/74 - VerwRspr 1977, 478, beck-online). Die Einhaltung des Anbauverbotes würde hier zum einen erheblich in die Planungsfreiheit der Vorhabenträgerin eingreifen und dieser unter anderem die Orientierung an gewichtigen Planungsgrundsätzen, wie der Vermeidung unnötiger zusätzlicher Maststandorte verwehren. Zum anderen würde der bei Einhaltung des Anbauverbotes notwendig werdende zusätzliche Mastneubau zusätzliche Eingriffe in die Eigentumsrechte Dritter nach § 14 GG bewirken. Letztlich wäre auch das öffentliche Interesse in Hinblick auf Eingriffe in Natur und Landschaft durch einen weiteren Maststandort stärker betroffen.

Diese Härte ist immer dann nicht beabsichtigt, wenn die Einhaltung des Anbauverbots unter den besonderen Umständen des Einzelfalls im Hinblick nicht auf die konkreten Verkehrsverhältnisse, sondern auf die vom Gesetz erstrebten baulichen Verhältnisse nicht erforderlich ist. Ein Ausnahmefall liegt also vor, wenn das Einhalten des Anbauverbots dem typisierten Schutzgut der Vorschrift - Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs - nicht mehr entspricht (vgl. zur Parallelvorschrift § 9 Abs. 1 Satz 1 FStrG VG Gelsenkirchen Urt. v. 10.6.2008 – 14 K 3577/06, BeckRS 2008, 37527, beck-online; BVerwG, Urteil vom 5. Mai 1976 - IV C 83/74 - VerwRspr 1977, 478, beck-online und die Rechtsprechung des BVerwG zusammenfassend, OVG NRW Urteile vom 2. Februar 1995 - 23 A 2811/93 - und vom 24. Februar 1997 - 23 A 2422/95).

Elektrische Freileitungen in der Nähe von Straßen stellen keine Ausnahme dar. Allein wegen des Grundsatzes der Bündelung von Trassen und Infrastrukturen finden sie sich regelmäßig im Parallelverlauf und in Kreuzung von und mit Straßen. Es ist insofern auszuschließen, dass von einem Freileitungsmast in unmittelbarer Nähe zur Straße eine irgendwie geartete Ablenkung des fließenden Verkehrs darstellen könnte. Die Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs erfordern deshalb auch bei der gebotenen typisierenden Betrachtung die Einhaltung des Anbauverbots nicht.

1.3 FAZIT

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Ausnahme liegen vor. Die Erteilung einer Ausnahme würde eine zeitaufwändige Umplanung sowie größere Eingriffe in das Eigentum Dritter und in Natur und Landschaft verhindern.

Die Ausnahme ist darüber hinaus auch aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit erforderlich. Wie im Erläuterungsbericht (Register 1) zur Planrechtfertigung ausgeführt, steht das Vorhaben im gewichtigen öffentlichen Interesse an der Umsetzung des Netzausbaus.

2 LITERATURVERZEICHNIS

1. Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist
2. LStrG - In der Fassung vom 1. August 1977 (GVBl. S. 273). Zuletzt geändert durch § 84 LandesfinanzausgleichsG vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 413)